

## **Schwarzgrüne Schulreform - Ein Schritt in Richtung *Schule für alle* oder ein Schritt zur weiteren Zementierung der sozialen Auslese?**

**Die soziale Entmischung zu Beginn der Grundschulzeit wird verschärft.**

Zunächst ein paar Zitate der schwarzgrünen Koalitionäre zu der von ihnen vereinbarten sechsjährigen Primarschule:

„Wir haben keine 6-jährige Grundschule in der Koalitionsvereinbarung festgelegt sondern sechs Jahre gemeinsames Lernen und neue Chancen für gymnasiales Lernen.“ (Ole von Beust auf dem Parteitag der CDU-Hamburg am 28.5.08.

„Ich meine, dass die Gymnasien mit dieser Reform gestärkt werden. Es soll Schulverbünde von Gymnasien und Grundschulen geben. (...) Dann soll es Langformen geben, bei denen von Anfang an die Primarschule mit dem Gymnasium verbunden ist. Das dürfte gerade für altsprachliche Schulen reizvoll sein. Das heißt: Das Gymnasium hat die Möglichkeit, schon eher Inhalte und pädagogische Vorstellungen mit zu prägen.“ (Ole von Beust im Hamburger Abendblatt vom 25.4.08)

„Im Bereich Bildung haben wir sehr deutlich Hand angelegt, zum Beispiel mit der Langform des Gymnasiums, die wir den Grünen abgerungen haben.“  
(CDU-Vorsitzender Freytag, Welt-Online, 29.4.08)

„Die stärker fachlich orientierte Perspektive von Gymnasiallehrern wird gerade den leistungsstarken Grundschulern gut tun.“ (Christa Goetsch in *Die Zeit* 18/2008 S.41)

„CDU- Bildungsexperte Robert Heinemann verwies auf den Koalitionsvertrag und machte deutlich, seine Partei streite insbesondere für das Recht der Eltern, zwischen den drei Grundschul-Formen entscheiden zu können. ‚Das setzt natürlich voraus, dass diese drei Formen auch in ausreichendem Maße angeboten werden‘, sagte der Christdemokrat.“ (Welt-Online, 26.4.08)

„Rund ein Drittel der Schulen wird alle sechs Jahrgänge in einem Gebäude unterrichten. Die anderen sollen Räume von nahe liegenden Gymnasien oder Stadtteilschulen nutzen und mit diesen zusammenarbeiten.“ (Christa Goetsch in *Die Zeit* 18/2008 S.41)

Die LVV der GEW hat in ihrem Beschluss vom 21.4.08 dazu festgestellt:

„Die GEW-Hamburg tritt für das Ziel *Eine Schule für alle* ein.

Eine Verlängerung der Grundschulzeit könnte ein Schritt in diese Richtung sein.

Die im Koalitionsvertrag von CDU und GAL vorgesehene Kopplung von 6-jähriger Primarschule mit Gymnasien verbunden mit dem Recht der Eltern auf Wahl der Primarschule führt aber zum Gegenteil.

Die Primarschulen, die vollständig oder ab Klasse 4 an Gymnasien angesiedelt sind, werden von bildungsinteressierten Eltern verstärkt angewählt werden, weil sie sich – ob berechtigt oder nicht - davon bessere Chancen für ihr Kind erhoffen, am Ende der Klasse 6 die Berechtigung zum Übergang auf das Gymnasium zu erwerben. (...) Die deutschen Ober- und Mittelschichteneltern werden ihre Kinder vorrangig an diesen Primarschulen, die an einem Gymnasium ab Klasse 1 oder 4 geführt werden, anmelden.

An den Primarschulen, die eigenständig oder an Stadtteilschulen geführt werden, werden sich die Kinder aus der Unterschicht und die Migrantenkinder konzentrieren.

Damit wird die Grundschule unter der Hand - ob beabsichtigt oder nicht - faktisch zu einer vorselektierten Schulform.

Unter diesen Bedingungen ist die Verlängerung der Grundschulzeit kein Schritt zu mehr gemeinsamem Lernen sondern ein Schritt zur Abschaffung der Grundschule als bisher einziger *Schule für alle*. (...)

- Keine Primarschulen an Gymnasien und keine Kooperation von Primarschulen mit Gymnasien.
- Keine Profilbildung an Grundschulen, die Selektion fördert.

- Es wird wieder der bis vor wenigen Jahren geltende Grundsatz der Bezirksgrundschule eingeführt. D.h. die Kinder werden in der ihrer Wohnung am nächsten liegenden Primarschule eingeschult.“

Sechs Jahre gemeinsames Lernen ist kein Fort- sondern ein Rückschritt, wenn es das Lernen in sozial noch stärker entmischten Grundschulklassen bedeutet.

Die Koppelung von Primarschulen an Gymnasien erinnert stark an die vordemokratischen gymnasialen Vorschulen in der Kaiserzeit. Sie wurden 1920 von der Weimarer Verfassung ausdrücklich abgeschafft. Dieser Passus wurde in das Grundgesetz der Bundesrepublik 1949 übernommen.

### **Die Entmischung der Schülerschaft nach Klasse 6 wird verschärft.**

Wir haben „in Hamburg über 40 Prozent der Kinder nach der vierten Klasse falsch einsortiert. In der Haupt- und Realschule haben wir Kinder mit Gymnasialpotenzial und umgekehrt Gymnasialschüler auf Realschulniveau. Das zeigt: Zehnjährige Kinder kann man nicht auf ihre zukünftige Schullaufbahn festlegen.“ (Christa Goetsch in *Die Zeit* 18/2008 S.41) Das Ziel ist offensichtlich, die Einsortierung zu perfektionieren mit dem Ergebnis, dass sich der leistungsstärkste Teil der Schülerschaft vollständig auf dem Gymnasium wieder findet und der Rest in der Stadtteilschule. Diese perfektere Einsortierung entspricht vollständig den Interessen der Gymnasiallobby. Den zukünftigen Stadtteilschulen wird aber der leistungsstärkere Schülerteil fehlen. Dies würdfte eine erfolgreiche Arbeit an den Stadtteilschulen erschweren und die Kluft zwischen den beiden ‚Säulen‘ vergrößern.

### **Die Gesamtschulen, die zukünftig Stadtteilschulen werden sollen, werden ihrer Primarstufen und ihrer Grundlegenden Jahrgänge 5/6 beraubt, d.h. zerschlagen.**

Was selbst Schwarz-Schill sich nicht getraut hatte, wird jetzt en passant von Schwarz-Grün erledigt – die Zerschlagung der Gesamtschulen in Hamburg. Die integrierten Gesamtschulen werden mit ihrer Umwandlung in Stadtteilschulen sowohl ihrer Primarstufen als auch der Grundlegenden Jahrgänge 5/6 beraubt. Bisher wurde in den Jahrgängen 5/6 die Basis für den 6-jährigen Bildungsgang der integrierten Gesamtschulen gelegt. Das gilt gleichermaßen für die Entwicklung der Klassen zu solidarischen Lerngemeinschaften wie für das systematische Erlernen von Lern- und Arbeitsmethoden. Gerade in den letzten Jahren haben sich viele Gesamtschulen auf den Weg gemacht, in großem Umfang individualisiertes Lernen in den Basisfächern mit einem hohen Anteil von Projektlernen zu verbinden. Die Max Brauer Schule ist für die Entwicklung und Umsetzung eines solchen Konzeptes mit dem Deutschen Schulpreis 2006 ausgezeichnet worden. Für eine solche Schul- und Unterrichtsentwicklung sind die Jahrgänge 5/6 entscheidend. Mit einer negativ ausgelesenen Schülerschaft und beginnend mit Jahrgang 7 - mitten in der Pubertät - ist die erfolgreiche Umsetzung solcher pädagogischen und didaktischen Konzepte fast nicht leistbar. Unter diesen Bedingungen droht die Stadtteilschule eine in jeder Hinsicht unattraktive Restschule zu werden.

### **Die Möglichkeiten für Integrationsklassen werden sich ab Jg.7 gravierend verschlechtern.**

Der Übergang der Integrationsklassen von der Grundschule an die Schulen in der Sekundarstufe I erfolgt bisher zu Beginn des Jahrgangs 5. In der Regel geht nur ein kleiner Teil der nicht behinderten Kinder mit ihren behinderten Mitschülern in die neue Integrationsklasse 5 über. Die freien Plätze werden mit anderen Schülern aufgefüllt. In den so neu zusammengesetzten Klassen bedarf es großer -und meist erfolgreicher – Anstrengungen, um eine integrationsförderliche Gemeinschaft zu entwickeln. Eine wichtige Gelingensbedingung ist das Alter der Schüler, die in dieser Entwicklungsphase meist noch mit unbefangener kindlicher Neugier offen auf die behinderten Mitschüler zugehen. Doch selbst in gut funktionierenden Integrationsklassen entwickeln sich mit der einsetzenden

Pubertät spätestens in Jahrgang 7 neue Probleme, weil die durch die Pubertät bedingte Verunsicherung bei vielen Schülern zur Abgrenzung von den behinderten Mitschülern führt. Dies kann in der Regel pädagogisch aufgefangen werden, weil in den vorangegangenen zwei Jahren eine solide Basis für die Integration geschaffen wurde. Wenn zukünftig die Neuzusammensetzung der Integrationsklassen zu Beginn der 7. Klasse erfolgt, fehlt diese Basis. Ob zu diesem Zeitpunkt eine Integration fördernde Klassengemeinschaft geschaffen werden kann, ist mehr als zweifelhaft.

Umso verwunderlicher ist die Tatsache, dass in der Koalitionsvereinbarung nur an einer einzigen Stelle von Integrationsklassen die Rede ist, wenn es nämlich um die Einrichtung von I-Klassen an Gymnasien geht. Selbst in diesem Zusammenhang geht es auch wieder nur um das Thema Gymnasien.

### **Fazit**

Die GAL hatte im Wahlkampf mit der *Schule für alle* nach skandinavischem Vorbild geworben. Herausgekommen ist eine Mogelpackung – außen grün und innen schwarz. Die Selektion wird auf die Grundschulzeit vorverlegt und nach Jg.6 perfektioniert, die Gesamtschulen als einzige integrierte Schule in der Sekundarstufe I amputiert und faktisch abgeschafft sowie die Integration von Schülern mit Behinderungen ab Jg.7 massiv erschwert. Der CDU-Vorsitzende Freytag formulierte das so: „Wir müssen akzeptieren, dass die Grünen nicht hundertprozentige CDU-Positionen vertreten können.“ (Welt-Online, 29.4.08) Aber sehr weit sind sie mit dieser Koalitionsvereinbarung davon nicht entfernt.

### **Was tun?**

Nachdem die Landesvertreterversammlung der GEW am 21.4.08 eindeutig zu der schwarzgrünen Schulstrukturveränderung Stellung bezogen hat (s.o.), muss dieser Beschluss jetzt in eine aktive gewerkschaftliche Politik umgesetzt werden.

Für die GEW stellen sich meines Erachtens dabei folgende Aufgaben:

- Die GEW muss in der Öffentlichkeit verdeutlichen, dass die schwarzgrüne Schulreform einen Rückschritt und keinen Schritt in Richtung auf *Eine Schule für alle* bedeutet.
- Die GEW muss das Volksbegehren *Eine Schule für alle* mit aller Kraft unterstützen.
- Die GEW muss auf die Schulgesetzgebung und die regionale Schulentwicklung Einfluss nehmen, damit keine Primarschulen mit Gymnasien kooperieren und keine Langform der Primarschule an einem Gymnasium eingerichtet wird.
- Die GEW muss rechtsgutachterlich prüfen lassen, ob die von der CDU/GAL-Koalition angestrebte Langformschule am Gymnasium überhaupt verfassungsgemäß ist.
- Die GEW muss sich dafür stark machen, dass die Langformen von 1-10 bzw. 1-13 an den bestehenden Gesamtschulen erhalten bleiben und schulgesetzlich abgesichert werden.

Pit Katzer, Erich Kästner-Gesamtschule